©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

freiung Westungarns" Unterstützung der österreichischen Delegation in St. Germain und Forderung des Anschlusses unter besonderer Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht. Kommunistische Regierung in Ungarn.

3. Phase (Jänner 1920 — Dezember 1921): Betreibung der Landnahme. Gründung von politischen Vereinigungen in Wien und ihr Zusammenschluß im „Vollzugsausschuß der burgenländischen Vereine in Wien" unter Walheim. Der „Ödenburger Heimatdienst" in Wien.

Die militärische Landnahme des Burgenlandes und deren innerpolitische Bedeutung

Von Ludwig Jedlicka

Da in diesem Jahr die Feier der vierzigjährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zur Republik Österreich stattfindet, muß man auch jener gedenken, durch die dem jungen, noch von inneren Krisen zerrissenen österreichischen Staat dieses ihm durch die Friedenskonferenz zugesprochene Land gesichert wurde. Zwei bewährte, seit 1919 zivile Wachkörper, die Gendarmerie und die Zollwache, hatten die schwierige Aufgabe, das Burgenland von den schwerbewaffneten ungarischen Freikorps zunächst zu säubern und zu schützen, ehe das Bundesheer eingreifen konnte und unter kriegsmäßigen Bedingungen die Landnahme durchführen konnte. Ehe dies aber Wirklichkeit war, gab es noch eine Reihe innen- und außenpolitischer Krisen, die nicht zuletzt damit zusammenhingen, daß die Übernahme des Burgenlandes durch Österreich im Schatten der Bestrebungen der konservativen Kreise Ungarns, aber auch Österreichs standen, die in den weitgehend noch ungeklärten Aktionen des früheren Trägers der habsburgischen Kronen, Kaiser und König Karl, gerade in der Übertragung des Burgenlandes an Österreich gewissermaßen einen Ansatzpunkt zur Restauration der Habsburger in Ungarn und Österreich erblickten. Die noch ungedruckten Erinnerungen des Generalmajors Anton Freiherrn von Lehár — des Bruders des berühmten Komponisten — ebenso wie die Veröffentlichungen des Prinzen Ludwig A. Windisch-Graetz zeigen, daß die gesamte Burgenlandaktion tatsächlich eine schwere Belastungsprobe der Republik Österreich war. Sehr bedauerlich war es, daß die Landnahme des Burgenlandes in manche häßliche innerpolitische Polemik, die um die Verläßlichkeit des Bundesheeres entbrannte, gezogen wurde und auch der verspätete Einsatz der Truppen des Bundesheeres durch politische Erwägungen stark bedingt gewesen sein dürfte. Trotzdem dann die Landnahme ab 13. November 1921 verhältnismäßig reibungslos vor sich ging, hat die vorausgehende Krisensituation, vor allem seit dem Einfall ungarischer Truppen, der am 5. September 1921 im Gefecht von Kirchschlag seinen Höhepunkt fand, auch innerpolitisch schwere Folgen gehabt. Die forcierte Aufstellung von Arbeiterwehren und deren Bewaffnung, ja sogar Mitwirkung beim Grenzschutz der bedrohten Räume von Bruck an der Leitha und Wiener Neustadt hing eng mit der Entstehung der späteren bewaffneten politischen Lager zusammen, so wie manche radikal-bürgerliche Kreise, namentlich der Steiermark unter Landeshauptmann Rintelen, nachweisbar für die ungarischen Freischaren nicht nur Sympathien hegten, ja sogar insgeheim mit einer Niederlage der Wiener Regierungsstellen und besonders des als parteipolitisch linksstehenden Bundesheeres

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

rechneten. Das „Heer im Schatten der Parteien", kaum ein Jahr alt, noch ganz unter dem Einfluß der Aufstellungskrisen des Überganges von der Volkswehr zum Berufsheer des Vertrages von Saint Germain, hat allerdings die Bewährungsprobe des Grenzschutzes und der Landnahme hervorragend bestanden und es spricht auch für das militärfachliche Können der damaligen verantwortlichen Offiziere des Bundesministeriums für Heerwesen — an ihrer Spitze Oberst Theodor Körner —, der spätere Heeresinspektor, so wie die Obersten Josef Schneider und Karl Schneller, die frühzeitig darauf aufmerksam machten, daß die aus Beamten zusammengesetzten Formationen der Gendarmerie und Zollwache niemals ein Aufstandsgebiet von 4.114 km² besetzen könnten. Eine nachträgliche Würdigung aus dem Jahre 1942, herausgegeben vom damaligen „Oberkommando des deutschen Heeres", würdigte ausdrücklich die Leistung des Bundesheeres und seiner Führung, aber auch — was sehr bemerkenswert erscheint — die schwierigen Aufgaben des Aufbaues aus den Formationen der Volkswehr, die zeitbedingt ihre Sendung erfüllte. Die Volkswehr war ein Kind der Umsturzzeit mit all ihren Nachwirkungen. Es ist jedoch ungerechtfertigt, das oftmals absprechende Urteil über die Volkswehr zu verallgemeinern.

Im Schatten der Volkswehr standen auch die ersten Versuche, schon im Frühjahr 1919 Formationen aufzustellen, die den Schutz der Grenzen übernehmen sollten, um im gegebenen Fall auch gleichzeitig der deutschsprachigen Bevölkerung in Westungarn angesichts der Errichtung einer kommunistischen Regierung zu Hilfe zu kommen. Am 28. April 1919 erfolgte die Aufstellung des Grenzschutzes-Ost. Dieser setzte sich aus 1.000 ehemaligen Offizieren und einer Anzahl von Gendarmerieeinheiten zusammen und wurde im Mai und Juni durch Bataillone der Volkswehr verstärkt. Der erste militärische Oberbefehlshaber der Volkswehr, Feldmarschalleutnant Adolf von Boog plante, offenkundlich mit Zustimmung des Staatskanzlers Renner, ab 9. Mai zusätzliche militärische Aktionen zum Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung Westungarns zu unternehmen. Für den Fall eines Volksaufstandes — der den Anschluß an das damalige Deutsch-Österreich propagieren sollte — oder einer ungarischen Unterdrückung sollten sieben Freikorps gebildet werden; für deren Kommandanten lagen die Anweisungen bereits bereit und gipfelten in der Aufforderung, die politische Gesinnung der Angehörigen des Freikorps als Nebensache zu betrachten, jedoch weder Monarchisten noch Kommunisten aufzunehmen, „denn wir wollen keine Partei-, sondern eine Regierungstruppe sein. Im Dienst ist also alles Politisieren nicht am Platz, außer Dienst kann jeder denken was ihm beliebt. Dulden Sie daher kein Parteiabzeichen, denn Rot-Weiß-Rot ist einzig und allein unsere Losung." Schon am 10. Mai 1919 hatten Staatskanzler Dr. Renner und Staatssekretär Dr. Bauer dem damaligen Staatsamt für Heerwesen den Auftrag gegeben, „alle Maßnahmen, die zur Besetzung des deutschen Gebietes von Westungarn notwendig wären, unauffällig vorzubereiten." An der Weigerung des Staatssekretärs für Heerwesen, Dr. Julius Deutsch, die Maßnahmen, die Boog bezüglich der Freikorps vorgehabt hatte, durchzuführen, scheiterte diese Aktion und Fmlt. Boog trat von seinem Amt zurück. Vielleicht hätte eine handstreichartige Besitznahme des Burgenlandes manche spätere Komplikation verhindert. So war also ehe die eigentliche militärische Landnahme durchgeführt wurde, das gesamte Burgenlandproblem durch innerpolitische und außenpolitische Konfliktstoffe vergiftet. Am 2. Juni 1921 erging die Weisung an alle sechs Brigaden des Bundesheeres, je zwei Infanteriebataillone für eine auswärtige Verwendung bereit zu halten. Wenige Tage später, am 11. Juni 1921, wurde der Kom-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

mandant der 1. Brigade, Oberst Vidossich, angewiesen, die Pläne für die Landbesetzung im engsten Einvernehmen mit dem zukünftigen Landesverwalter, Sektionschef Dr. Davy, vorzubereiten. Die „Interalliierte Generalskommission" sollte von Ödenburg aus die Übergabe des Landes an die österreichische Verwaltung überwachen. Von dieser Kommission wurde der Einsatz des Heeres untersagt, wobei offenkundlich die politischen Stellen in Österreich bis in die Spitzen der Regierung einem solchen Einsatz mißtrauten und aus parteipolitischen Beweggründen die alliierte Entscheidung eines Einrückens der Gendarmerie- und Zollwachabteilungen am 28. August 1921 nicht ungern begrüßten. Die Enttäuschung auf österreichischer Seite war groß. Das Auftreten geschlossener ungarischer Freikorps, die in Wirklichkeit teilweise reguläre Truppen waren, zeigte, daß die friedliche Landnahme unmöglich war und es kam zu einer Verteidigung der ursprünglichen österreichischen Grenzen; die Bevölkerung selbst verlangte Verstärkungen der Gendarmerie und Militär. Im Industriebezirk Wiener Neustadt und Umgebung kam es zum aktiven Einsatz von Arbeiterwehren, sogar die steirische Landesregierung forderte Truppenhilfe. Da aber die Entente den Einsatz des Bundesheeres auf westungarischem Boden verbot, bezogen ab 1. September 1921 die Truppen die Stellungen zur Grenzsicherung. Diese war in zwei Abschnitte gegliedert: in den Abschnitt Steiermark unter Oberst Medicus und in den Abschnitt Niederösterreich unter Oberst Vidossich. Am 5. September 1921 kam es bei Kirchschlag nach Überfall ungarischer Kräfte auf einen Gendarmerieposten zu einem Gefecht, bei dem das Wiener Infanterieregiment Nr. 5, und zwar das II. Bataillon, sich besonders tapfer schlug und in seltener Einmütigkeit lobten die beiden sonst so feindlichen Presseorgane „Die Reichspost" sowie „Die Arbeiter-Zeitung" vom 7. September 1921 die Haltung der Truppe als Nachfolgeregiment des k. u. k. Infanterieregiments Nr. 84. Die Entente verweigerte noch immer die Einsetzung des Bundesheeres, obgleich die Bundesgendarmerie bis 9. September bereits sechs Tote und zwölf Schwerverwundete zu verzeichnen hatte. Beim Gefecht von Kirchschlag waren sieben Soldaten des Bundesheeres gefallen und fünfzehn verwundet worden. Es ist übrigens ein Zeichen besonderer Pietät und Tradition des Bundesheeres der Zweiten Republik, daß im Vorjahr in der Traditionskaserne des Infanterieregiments Nr. 84, der Albrechtskaserne in Wien, ein seinerzeit für das Gefecht von Kirchschlag errichtetes Denkmal restauriert wieder der Öffentlichkeit übergeben wurde. Das Gefecht von Kirchschlag hatte weitgehende innerpolitische Folgen. Nunmehr war nach dem Wehrgesetz die Notwendigkeit eingetreten, die Grenzen durch das Bundesheer zu schützen, umso mehr als von ungarischer Seite her die Freischaren unter der Führung aktiver Offiziere immer stärker in Erscheinung traten und am 24. September 1921 der Überfall auf Bruck an der Leitha erfolgte. Wenn man einen Blick auf die ungarischen Vorbereitungen wirft, so scheinen die Ungarn vor allem die Freiwilligenverbände des Major Ostenburg, die Detachements des Oberstleutnant Paul von Pronay und des Oberleutnant der Reserve Iwan Héjjas eingesetzt zu haben. Ausgezeichnet ausgerüstet, von der regulären Armee unterstützt, ja zum Teil Bestandteil dieser Armee, schwanken die Angaben über die Stärke zwischen 2.700 und 40.000 Mann. Daß alle diese Formationen eine besondere Rolle bei den Rückkehrversuchen König Karls IV. spielten, ist längst erwiesen. Unklar jedoch waren merkwürdige Querverbindungen zu österreichischen Kreisen, vor allem zu Politikern der Steiermark und zu den Offiziersgruppen. Wie zwiespältig selbst im Parlament der Einsatz des Bundesheeres auf-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

gefaßt wurde, möge an einer einzigen Stelle wiedergegeben werden: in der „Österreichischen Wehrzeitung", dem Organ der Offiziere, vom 4. November 1921 wird nachträglich eine Parlamentsdebatte vom 23. Oktober 1921 wiedergegeben, bei welcher es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Abgeordneten Dr. Seipel, Dr. Deutsch und Dr. Bauer gekommen war. Dr. Seipel beschuldigte Dr. Julius Deutsch, „die Wehrmacht" nicht für den Staat, sondern als „Parteigarde" aufgestellt zu haben. Der Abgeordnete Dr. Seipel rief: „Unser Staat konnte sich dieser Wehrmacht jetzt während des burgenländischen Konfliktes nicht allein bedienen, weil diese Wehrmacht zuzeiten mit der roten Fahne herumgezogen ist, mit der Fahne des Tibor Szamuely." Dieser wohl durch die Tagespolitik bedingte Ausruf Dr. Seipels hat in der sehr nüchternen Stellungnahme des Verfassers der 1942 erschienenen Arbeit über die Burgenlandkämpfe eine scharfe Entgegnung erfahren, die umso bemerkenswerter ist, als das Oberkommando der deutschen Wehrmacht es kaum für notwendig befunden haben mag, eine nachträgliche Glorifizierung der Volkswehr oder der ersten Phase des österreichischen Bundesheeres leichtfertig erscheinen zu lassen. „Der Grenzdienst hat dank aufopferungsvoller Dienstleistung kriegsbewährter Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf die Truppen zweifellos vorteilhaft eingewirkt. Viele der uniformierten Männer wurden sich nun ihrer höheren Sendung bewußt und wandelten sich von ‚klassenkampfbewußten Proletariern' zu brauchbaren Soldaten" Der selbe Verfasser kommt zu dem Schluß, daß „eine Verwendung des Bundesheeres im Burgenland in ihrer Wechselwirkung zwischen Stadt und Land, zwischen Fortschritt und Beharrlichkeit zu vorteilhafter Entwicklung des Heeres" führte. Dieses Urteil des Generals der Infanterie a. D. Sigmund Knaus ehrt ihn als Verfasser nachträglich in der Distanz des Jahres 1942, da die innerpolitischen Konfliktstoffe des Jahres 1921, die Dr. Ignaz Seipel offenzundig zu einer scharfen Polemik veranlaßten, nur mehr zeitgeschichtliche Tatbestände waren.

Der Entschluß der österreichischen Regierung, am 10. September 1921 alle auf westungarischem Gebiet befindlichen Gendarmerieposten hinter die Staatsgrenze zurückzuziehen, hatte eine Verstärkung des militärischen Grenzschutzes zur Folge. Am 22. September betrug das Gesamtaufgebot entlang der niederösterreichisch-steirischen Grenze 17 Bataillone Infanterie, 21 Schwadronen Kavallerie, 4 Batterien Artillerie und $2^1/_2$ technische Kompagnien.

Es ist nicht uninteressant, daß von Anfang Oktober an die Grenzwacht den Charakter von Stellungskämpfen anzunehmen begann, ja in den Räumen von Wiener Neustadt, Bruck an der Leitha und Neufeld Befestigungen angelegt werden mußten, um den Einbruch der ungarischen Freischaren zu verhindern. Ehe es zur endgültigen Besitznahme durch das Bundesheer kam, hatten weltpolitische Entscheidungen wie das am 13. Oktober 1921 gefertigte Venediger Protokoll und der gescheiterte Rückkehrversuch König Karls IV. die Voraussetzungen für den militärischen Einmarsch geschaffen, um damit endlich der von den dauernden Kämpfen zermürbten Bevölkerung die innere Ruhe zu sichern. Die Stärke der österreichischen Truppen betrug 7.200 Gewehre, 230 Maschinengewehre und 58 Geschütze. Am 11. November 1921 verständigte der Bundeskanzler das Heeresministerium von der Mitteilung der Generalskommission, daß die Räumung des Burgenlandes von den Aufständischen erfolge und Österreich zu der Besetzung des Gebietes bis zu der im Vertrag von Trianon festgesetzten Grenze mit Ausnahme des für die Abstimmung vorgesehenenen Bereiches von Ödenburg, eingeladen werde. Anfangs

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

November lagen die Pläne für eine abschnittsweise Landnahme vor, die ausschließlich unter militärischer Leitung erfolgen sollte. Der Einmarsch in das Gebiet nördlich von Ödenburg begann am 13. November 1921 um 9 Uhr in 2 Gruppen: Die nördliche Kampfgruppe, aus Bruck an der Leitha kommend, hatte den „Seewinkel", die südliche Kampfgruppe, aus der Linie Wiener-Neustadt - Ebenfurth kommend, den Raum bis zum Neusiedlersee zu übernehmen.

Die Aktion stand unter dem Kommando von Oberst Vidossich, dem an Truppen zur Verfügung standen: Die 6. (Salzburg, Kärnten, Tirol umfassende) Brigade, die 3. (niederösterreichische) Brigade und die 4. (oberösterreichische) Brigade. Eine Reserve unter Oberst Sandri stand im Raum Wiener Neustadt. Die 5. (steirische) Brigade sicherte weiterhin die steirische Grenze. In Wien stand noch eine dem Heeresministerium unterstellte Reserve mit dem 2. Brigadekommando, 3 Infanteriebataillonen, 1/2 Schwadron Kavallerie und 5 Batterien Artillerie.

Am 17. November war der Einmarsch in das nördliche Burgenland vollkommen planmäßig und ohne Zwischenfälle abgeschlossen. Es war nirgends zu Feindseligkeiten gekommen. Die Besetzung des südlichen Burgenlandes sollte durch die 5., 4. und 3. Brigade erfolgen. Die 3. und 4. Brigade wurden vom nördlichen Teil abgezogen, dessen Schutz nun der allerdings beträchtlich verstärkten 6. Brigade allein oblag.

Am 25. November 1921 trat die „Gruppe Süd" den Vormarsch mit 17 Bataillonen Infanterie, 2 Schwadronen, 9 Batterien, 2 1/2 technischen Kompagnien und 4 Verbindungskompagnien an. Trotz heftiger Schneefälle gelang es auch hier, die Aktion zur Besetzung des südlichen Burgenlandes planmäßig am 30. November abzuschließen. Am 3. Dezember wurde das Burgenland auch offiziell der Republik Österreich übergeben und Landesverwalter Dr. Davy übernahm den Aufbau der Zivilverwaltung.

Das Protokoll von Venedig sah für die Stadt Ödenburg und deren Umgebung eine Volksabstimmung vor, die über die Staatszugehörigkeit dieses Gebietes entscheiden sollte. Die zurückgegangenen ungarischen Freischaren hatten sich im Ödenburger Abschnittsbereich, der noch unter der Kontrolle der Entente stand, gesammelt und veranstalteten dort eine rege Werbetätigkeit für Ungarn. Die Grenzen des Abstimmungsraumes wurden durch das Bundesheer besetzt gehalten, um im Falle eines für Österreich günstigen Ausganges der Abstimmung das Gebiet sofort in Besitz zu nehmen. Die Abstimmung vom 14.—16. Dezember 1921 ergab eine Mehrheit von 65 % für Ungarn, da die in Ödenburg amtierende Abstimmungskommission der Entente nicht in der Lage war, die freie und geheime Abstimmung zu sichern. So war Ödenburg, die natürliche Hauptstadt des Burgenlandes, verlorengegangen.

In zunehmendem Maße konnte Österreich nun die Truppen aus dem Burgenland abziehen. Als die im Burgenland neu aufzustellenden Einheiten der 1. (nunmehr burgenländischen) Brigade so weit ausgebildet waren, daß sie die ihnen unter friedlichen Verhältnissen zufallenden Pflichten erfüllen konnten, wurden die letzten Besatzungstruppen zurückgezogen.

Die ungarische Regierung scheint die Bestrebungen, die Aufständischen abzurüsten, nicht sehr ernst genommen zu haben, denn immerhin war noch 1922 um die Jännermitte die Frage des Problems eines Einfalles von Freischaren aktuell. Die offizielle Anerkennung der Kämpfer der ungarischen Freischaren im sogenannten

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„Leitha-Banat" kam sogar durch eine Reihe von Ehrungen, ja halboffiziellen Ordensauszeichnungen zum Ausdruck. — So sehr auch im weiteren Verlauf der Beziehungen der österreichischen Republik zum Königreich Ungarn die Gegensätze aus der Burgenlandkrise sich abschliffen, ja sogar zeitweilig seit 1934 eine enge Kooperation zwischen Rom, Wien und Budapest sich anbahnte, blieb doch auf ungarischer Seite immer ein Rest von Mißtrauen, wenn nicht sogar die Hoffnung, im Falle eines eventuellen Anschlusses Österreichs an Deutschland das Burgenland wiedergewinnen zu können. Im Bericht des deutschen Gesandten in Budapest vom 16. März 1938 wir nach einem Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten von Mescer bereits darauf hingewiesen, daß dieser seinerzeit den deutschen Gesandten auf Grund einer angeblichen Zusage Hitlers an den inzwischen verstorbenen Ministerpräsidnten Gömbös auf die Rückgabe der an Österreich angegliederten Gebiete aufmerksam mache. Wiederholt wurde noch inoffiziell, wie aus den inzwischen erfolgten Aktenpublikationen hervorgeht, in diplomatischen Gesprächen auf eine Grenzrevision im Burgenland hingewiesen. Die ungarischen Politiker scheinen sich auch britischer Kräfte bedient zu haben, um auf Deutschland diesbezüglich einen Druck auszuüben, jedoch kam es zu keinerlei Entgegenkommen von Berlin gegenüber Budapest in dieser Frage.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß die Burgenlandfrage einschließlich der militärischen Landnahme lange Zeit außenpolitisch und wehrpolitisch ein Problem größter Bedeutung für die Politiker Österreichs, der Kleinen und Großen Entente darstellte. Das jüngste Bundesland ist aber nicht zuletzt durch das Blutopfer der Gendarmen und Soldaten, durch die Verwaltungsleistungen und den Wiederaufbau seit 1945 mehr und mehr zu einem festen Bestandteil der österreichischen Republik geworden, die gerade im Jubiläumsjahr auch jener gedenken sollte, die in den wirren Verhältnissen des Jahres 1921 bei der Landnahme ihr Blut und Leben für das Burgenland hingegeben haben.

Vielleicht kann ein historischer Vergleich noch abschließend gebracht werden. 1921 waren Parteien, politische Gruppen und nicht zuletzt Exekutive, Bundesheer und freiwillige Verbände in der Frage der Besetzung des Burgenlandes ein klassisches Beispiel für die verworrenen Verhältnisse der Ersten Republik. 1945 entstand das Burgenland wie selbstverständlich aus der ungewollten Aufteilung in zwei Reichsgaue und bewährte sich als Grenzland bis zum Tage der endgültigen Freiheit.

LITERATUR

Für die militärischen Maßnahmen siehe:

Die Besitznahme des Burgenlandes. In: Freiheitskämpfe in Deutschösterreich, 2. Teil. Band VIII der Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Berlin 1942.

Das Bundesheer im Grenzschutz und die Landnahme des Burgenlandes. In: Das österreichische Bundesheer in Wort und Bild. Sonderheft des Internationalen Donau-Lloyd, Wien 1924.

Jedlicka, Ludwig: Ein Heer im Schatten der Parteien, Graz-Köln, 1955.

Windisch-Graetz, Ludwig A.: Ein Kaiser kämpft für die Freiheit. Wien-München 1957.

Deutsch, Julius: Ein weiter Weg. Zürich-Leipzig-Wien 1960.

Ludwig, Eduard: Österreichs Sendung im Donauraum. Wien 1954.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Rintelen, Anton: Erinnerungen an Österreichs Weg. München 1941.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie D (1937—1945), Band V, Baden-Baden, 1953: S. 215/216. (Bericht des deutschen Gesandten in Budapest an das deutsche Auswärtige Amt bezüglich der Revisionswünsche im Burgenland.)

Kiszling, Rudolf: Das Problem Ödenburg. In: Österreich in Geschichte und Literatur. 4. Jahrgang, 1960, Sonderheft.

Bezüglich der halboffiziellen ungarischen Auszeichnungen siehe:

Adeliges Jahrbuch 1955. Herausgegeben von Zoltan von Barcsay-Amand, Jg. 23, neue (deutschsprachige) Folge, (Jg. III), Luzern 1955, S. 109/110, Nr. 20 a, b. (Beschreibung der Medaille für die Kämpfe um das heutige Burgenland 1921, gestiftet von Oberstleutnant Pronay.)

Ferner das eben erschienene Werk von Bundesminister a. D. Oskar Helmer: 40 Jahre Burgenland (Ein Land wählt die Freiheit). Wien 1961.

Pressestimmen

Österreichische Wehrzeitung. 2. Jahrgang, Wien 1921.

Ungedruckte Quellen

Die vom Verfasser eingesehenen Erinnerungen des Generalmajors a. d. Anton Freiherr v. Lehár.

Zur Geschichte des Landesnamens[1]

Von Fred Sinowatz, Landesarchiv, Eisenstadt

Das vorwiegend von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnte Gebiet Westungarns erhielt erst nach dem ersten Weltkrieg im Bewußtsein breiterer Kreise einen bestimmten Begriffsinhalt. Seine vorstellungsmäßige Konkretisierung erfloß aus der Forderung nach Autonomie und den zur gleichen Zeit aufflackernden Bestrebungen nach einem Anschluß an Deutschösterreich. Als Reaktion auf die maßlose Nationalitätenpolitik Ungarns und im Gefolge tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen nach der Oktoberrevolution gewannen diese politischen Ziele rasch an Aktualität und erwiesen sich schließlich auch durch die Wilson'schen Selbstbestimmungsprinzipien als moderne Postulate. Eine über die rein geographische Wesenheit hinausgehende Begriffsbestimmung des Grenzgebietes erschien daher sehr notwendig, doch stellten sich einem solchen Unterfangen natürliche Hindernisse entgegen. So deckte es sich mit keinem Naturraum wirklich zur Gänze und setzte sich überdies aus Teilen von vier Komitaten, also unabhängiger Gebietskörperschaften, zusammen. Es blickte auf ein sehr unterschiedliches historisches Werden zurück und wies ganz erhebliche soziale Strukturunterschiede auf, wozu sich als Folge einer bewegten Siedlungsgeschichte ein recht verschiedenartiger Volkscharakter gesellt. Diesen divergierenden Faktoren stand allerdings die bedeutsame Tatsache gegenüber, daß es sich hier um ein geschlossenes, deutschsprachiges Gebiet handelte, das sich überdies mit seiner langgezogenen Westgrenze zur Gänze an das ebenfalls deutsche Österreich lehnte.

Mit dem Einsetzen der verschiedenen Sonderbestrebungen in diesem ungarischen Landesteil gewann vorerst einmal die rein geographische Aussage „WEST-

1 Vergl. Eugen Oberhummer „Burgenland" Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Wien, Bd. 76, S. 257—261.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Burgenländische Heimatblätter

Jahr/Year: 1961

Band/Volume: 23

Autor(en)/Author(s): Jedlicka Ludwig

Artikel/Article: Die militärische Landnahme des Burgenlandes und deren innerpolitische Bedeutung 117-123